

# Volksstimme

Einzelpreis 150 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. F. Fann-  
Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die  
Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Drucker Nr. 861. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 3600,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich  
3450,00 Mark. — Anzeigenpreis: Die 10-spaltige Normalzeile 250,00 Mark, auswärts 310,00 Mark, im  
Retikemetell Zeile 300,00 Mark, auswärts 360,00 Mark. Vereinsabonnent Zeile 225,00 Mark. Anzeigenabonnent gebt verloren,  
wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 88.

Magdeburg, Dienstag den 17. April 1923.

34. Jahrgang.

## Republikanische Notwehr.

Die Behauptung, daß nichts Konserverbarer sei als eine Demokratie, erfährt eine neue Bestätigung, wenn man die Organisation der Sozialdemokratischen Partei betrachtet. Entwickelt aus den Bedürfnissen der Agitation und der Ueberzeugung, daß es gelingen werde, auf friedlich demokratischem Weg eine Mehrheit im Volk und damit zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt einmal zur politischen Herrschaft zu gelangen, war sie in keiner Weise vorbereitet, einmal überraschend die Regierung übernehmen zu müssen, wie es nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs der Fall war. Aber dabei zeigte sich auch die Kraft der Demokratie. Als die bittere Not sie dazu zwang, entwickelte die Partei Kräfte und Energien, die nicht nur Gegner überraschte. Alle Kraft konzentrierte sich auf den einen Punkt: Rettung des Reiches vor dem fast sicher erscheinenden Untergang, der von außen und innen drohte. Trotz aller Verleumdungen und Entstellungen der Gegner ist es eine Tatsache, daß die Sozialdemokratie rücksichtslos die engeren Parteinteressen hinter die des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches zurückstellte. Sie ließ sich in ihrem Wege nicht heirren, als große Teile sich abspalteten, als blutiger Bürgerkrieg entseffelt wurde. Die Sozialdemokratie handelte wie ein braver Mann, der an sich selbst zulezt denkt.

Es ist ihr schlecht gelohnt worden. Schmähsch wurde das Vertrauen, das Moske in die Ehrenhaftigkeit ehemaliger kaiserlicher Offiziere setzte, getäuscht, und heute steht die Sozialdemokratie vor der Tatsache, daß bewaffnete Verbände bestehen, die programmatisch sich zum Ziele gesetzt haben, die Organisationen der Arbeiterschaft mit Gewalt zu zerstören, sie führerlos zu machen und dieses Ziel praktisch verfolgen. Warum? Weil die reaktionär gesinnten Kapitalisten und Agrarier, die ihrer Allmacht und Gottähnlichkeit entkleidet, Offiziere keine Möglichkeit sehen, auf verfassungsmäßigem Wege zu der früheren Meinherrschaft zu gelangen, solange die Arbeiterschaft die Macht ihrer Organisationen gebrauchen kann.

Erst unter dem Eindruck dieser unmittelbar drohenden Gefahr für die Existenz der Arbeiterbewegung entsinnt sich die Sozialdemokratie, daß sie auch Pflichten gegen sich selbst hat. Als die ersten Genossen vom Baume dieser Erkenntnis oben, wurde ihnen aber bald klar, daß sie dieser Pflicht nicht anders genügen können, als auf dem Wege der Stärkung der demokratisch-republikanischen Staatsgewalt. Sie waren lange Prediger in der Wüste. Die Ereignisse der letzten Monate ließen aber die Frucht schnell reifen, den Konservatismus in der Organisation überwinden und aus der Ueberzeugung wurde der gewiß nicht leichte Beschluß, den alten Ordnerkörper der Partei den gegebenen Verhältnissen entsprechend auszugestalten, als der Staatsgerichtshof der Republik die Verbote des „Stahlhelms“, des „Jungdeutschen Ordens“ und ähnlicher Organisationen aufhob. Die Tatsache, daß in Bayern die Putschisten bereits stark genug sind, um der Staatsgewalt zu trotzen, daß sie überall in Deutschland mehr oder minder offen rüsten für den „großen Schlag“, daß auch in Preußen die Staatsgewalt nicht imstande ist, die sonntäglichen Aufmärsche — trotz des Verbots der Deutschvölkischen — zu verhindern, hat den Beschluß zu einem unerschütterlichen werden lassen. Aus dem Vorwurf „Schon längst mußte das geschehen!“, der zugleich ein Bekenntnis ist, klingt aber auch der Wille nachzuhalten, was verümt wurde. So entstand eine Bewegung, die nicht mehr aufzuhalten ist, die in feste Bahnen zu lenken, die Pflicht der Gesamtpartei ist.

In München, Nürnberg und andern Städten Bayerns sind die Parteigenossen dazu übergegangen, aus ihren Reihen eigene Sicherheitsabteilungen zu bilden, und das Bestehen dieser Organisationen hat nicht wenig Wasser in den Wein der Gilderbanden gegossen. In Sachsen und Thüringen sind die Genossen an der Arbeit, in Hamburg wacht die „Vereinigung Republik“. Am Sonntag gesellte sich dazu die „Republikanische Notwehr der Provinz Sachsen“. Was sie ist und was sie will, ist auf dem Dampflap in aller Öffentlichkeit ausgesprochen worden. Sie ist getragen von dem einen Gedanken: Stärkung der Staatsgewalt, sie will der Republik die Zahl von geeigneten Männern zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um jedem Gegner die Lust zum Angreifen zu nehmen.

Regierungen und Parlamente müssen sich über eins klar werden: es bestehen der Republik feindlich gesinnte Organisationen auf der Rechten und auf der Linken, die ihre Existenzberechtigung mit dem gegenseitigen Bestehen begründen. Zwischen beiden stehen die Machtorgane des Staates, die zum Teil an „rechtsleitiger Säbuna“ leiden.

Die Staatsgewalt ist nicht stark genug, um Staat und verfassungstreue Bevölkerung vor Angriffen zu schützen, sie ist offensichtlich nicht in der Lage, Verbände wie die der Nationalsozialisten, deren Staatsgefährlichkeit von dem dazu berufenen Gericht festgestellt ist, zu unterdrücken, sie muß dulden, daß diese Verbände in aller Öffentlichkeit zum Angriff auf Teile der Bevölkerung und den Staat selbst rüsten und sich vorbereiten. Wenn in dieser Situation besonnene und in ihrer Treue bewährte Staatsbürger sich freiwillig zusammenschließen, ihre Kraft und ihr Leben dem Staat anbieten, um ihn so stark zu machen, so darf verlangt werden, daß mit Freude und Dank diese Hilfe angenommen wird.

Wir erwarten, daß Parlament und Regierung anerkennen, daß der Weg, den die sozialdemokratischen Staatsbürger der Provinz Sachsen beschritten haben, der rechte ist, daß sie, gestützt auf die Republikanische Notwehr, die Kraft und den Mut finden, gegen all die zweifelhaften und unzweifelhaft verfassungsfeindlichen Organisationen vorzugehen und damit dem gequälten deutschen Volk endlich die innere Ruhe zu verschaffen, die es bedarf, um seine äußere zu erringen.

### Der erste Aufmarsch.

Pünktlich zur festgesetzten Zeit, um 1/10 Uhr vormittags, marschierten die in Magdeburg aufgestellten 15 Abteilungen der „Republikanischen Notwehr“, jede Abteilung zu 100 Mann, auf dem Domplatz auf. Aus allen Stadtteilen kamen die Männer mit den weißen Armbändern mit schwarzrotgoldenen Streifen und formierten sich zu einem Karree.

Die Führer der Abteilungen traten zusammen: es galt einen Beschluß zu fassen, der das vorgezeichnete Programm im letzten Augenblick umwarf. Um allen Mißdeutungen über Absichten und Ziele der Notwehr vorzubeugen, war der Vorschlag gemacht worden, den Oberpräsidenten Göring zu bitten, der Kundgebung beizutreten. Der Oberpräsident lehnte nicht ab, zu hören, was getreue Bürger der Republik zu sagen haben. Als er erschien, ließ der Führer der Notwehr, Genosse Götzermann, unter Trommelwirbel eine Fahne in den Farben der Republik entrollen und begrüßte den Oberpräsidenten in einer Ansprache, in welcher es nach einigen entschuldigenden Worten wegen der unvermittelt ausgesprochenen Bitte um Erscheinen hieß:

Die Republikanische Notwehr ist keine eigene Organisation. Wir sind ein Organ der Sozialdemokratischen Partei, welche die Führer stellt, uns kontrolliert und deren Anweisungen wir folgen.

Die Republikanische Notwehr, die sich über die ganze Provinz Sachsen erstreckt, macht sich weder polizeiliche noch militärische Befugnisse an, noch will sie solche in normalen Zeiten haben. Wir wollen nur eine Notwehr sein, die Republik und deren Einrichtungen schützen, wenn die legale Regierung der Republik uns ruft.

Wir sind völlig unbewaffnet, wollen auch keine illegale Bewaffnung haben. Wir werden im Gegenteil alles tun, was in unsern Kräften steht, um geheime Waffenlager aufzuspüren und diese den Behörden übergeben.

Wir sind alle Sozialdemokraten, alte Soldaten und Frontkämpfer. Militärische Exerzitien brauchen wir nicht. Aber eifern wir unser Wille, unter der Fahne der Republik fest zusammenzuhaltenden, zu jeder Stunde bereit zu stehen, dem Führer zu folgen und zu gehorchen.

Ruft uns die Regierung der Republik, dann werden wir mit allen Mitteln Republik und Regierung verteidigen, mögen die Angreifer von rechts oder links kommen, mögen es Rechts- oder Links-Völkchen sein.

Wir hätten die Republikanische Notwehr nicht geschaffen, wenn nicht Organisationen beständen, gegen die ein Gegenwärtig geschaffen werden muß. Der Staatsgerichtshof hat uns unverständlichweise die Verbote des Stahlhelms und des Jungdeutschen Ordens und anderer Organisationen ähnlicher Art aufgehoben. Diese Organisationen werden die Republik niemals gegen Angriffe von rechts verteidigen. Geheime Organisationen des Bundes der angeblich nationalgesinnten Offiziere und Soldaten, der Nationalsozialisten, der Deutschvölkischen Freiheitspartei, große Teile der Deutschnationalen Partei, der Kommunisten und viele kleine Grüppchen und Zirkel bereiten sich darauf vor, zur gelegenen Zeit der Republik an die Gurgel zu springen. Gegen diese verbrecherischen oder politisch naiven Elemente werden wir uns wie ein Ball werfen, mit unserm Leben werden wir in der Stunde der Not nicht nur Republik und Regierung, sondern auch die angegriffene Bevölkerung, die republikanischen Beamten und unsere Führer verteidigen und schützen.

Allen Gegnern der Republik sei klar und in aller Öffentlichkeit gesagt: mit den Mitteln, mit welchen sie die Republik und uns angreifen, werden wir sie bekämpfen, schlagen und, wenn es sein muß — vernichten.

Sie, Herr Oberpräsident, als den ersten Beamten der Provinz Sachsen, haben wir hierher oeffnen, um Ihnen bei

unserm ersten Schritt in die Öffentlichkeit unsere Ziele und unser Programm darzulegen. Wir wollen Ruhe, Freiheit, Arbeit und Brot! Die Republikanische Notwehr der Provinz Sachsen steht, sie wird stehen und Wache halten, bis Reichsregierung und Justiz alle der Republik feindlichen Organisationen, die mit Gewalt ihr Ziel erreichen wollen, beseitigt haben und die Republik gefestigt ist.

In einer kurzen Antwort wies Oberpräsident Göring darauf hin, daß er seit mehr als drei Jahren den Kampf gegen die organisierten Feinde der Republik führe, und machte dann die folgenden Ausführungen:

Bisher haben die Republikaner all die zahllosen Schandtaten derer von rechts und links gegen die Republik mit einer wahren Samensgebild hingenommen. Selbst der stärkste Träger der Republik, die Sozialdemokratie, am meisten befehdt und angegriffen, glaube wohl, daß der Wahnsinn einmal von selbst aufhören werde und ist in dem für friedliche Verhältnisse gedachten Rahmen der Partei geblieben. Daß Ihre Partei nach den letzten politischen Ereignissen, insbesondere nach dem Verhalten der putschistischen Antisemiten eine andre Taktik einschlägt, ist durchaus begreiflich und verständlich, begreiflich, daß sie nicht länger passiv bleiben will. Meine Herren! Ueber diese wichtige Tat Ihrer Partei, die ihre besten und erprobtesten Männer als Republikanische Notwehr der Regierung zur Verfügung stellt, werden sich gewiß alle Republikaner freuen. Ich werde nicht versäumen, dem Herrn Minister des Innern Mitteilung zu machen von dem, was ich hier gesehen und gehört habe. Persönlich freue ich mich über das offene und klare Programm, das Ihre Partei Ihnen gegeben hat und auf das sie sich verpflichtet haben.

Die Partei hat Ihnen eine ebenso verantwortungs- wie ehrenvolle Aufgabe gestellt. Nicht nur die unbedingt notwendige zahlenmäßige Stärke, sondern eiserne Disziplin und Unterordnung wird allen Feinden der Republik bald zum Bewußtsein bringen, daß die Zeit der Putscherei vorbei ist. Meine Herren! Wir wollen alle, wie Ihr Führer sagte, Ruhe, Freiheit, Arbeit und Brot, wir wollen die baldige Wiederkehr geordneter Verhältnisse im Innern und im Außern. Das wird aber nur erreicht werden, wenn alle wahren Republikaner wie ein Mann zusammenstehen für die Republik, gegen ihre Feinde.

Nach einem Hoch auf das deutsche Vaterland und die Republik berabschiedete sich Oberpräsident Göring, während die Notwehr einen Umzug über den Breiten Weg zum Kloster-Berge-Garten machte, wo die Abteilungen auseinandergingen.

### Poincarés „Feststellungen“.

Ans Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Düren hielt Ministerpräsident Poincaré dort eine Rede, in der er auf die Ereignisse des letzten Krieges, soweit sie zu Düren zu sehen, in Beziehung stehen, einging, um sich alsdann über das Reparationsproblem zu verbreiten. Poincaré führte unter anderem aus:

Wir haben uns davon überzeugt, daß uns Deutschland die Rohlen hätte liefern können, die es uns verweigerte, denn es hat sich so eingerichtet, daß es die Ruhrrohlen entnehmen kann. Wir haben den Beweis erlangt, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, in a u s l ä n d i s c h e n D e b i t e n zu zahlen. Verwendet es doch einen Teil davon, um Käufe im Ausland auszuführen. Endlich haben wir an Ort und Stelle jene militärischen Organisationen entlarvt und aufgelöst, die Deutschland schon in Oberösterreich unter dem harmlosen Titel Schutzpolizei verbarg. Wir haben auch die Gewißheit gewonnen, daß, wenn man Deutschland ein zweijähriges Moratorium ohne Bürgschaften gewährt hätte, es nach Ablauf dieser Frist auf unser Zahlungsverlangen mit einer Weigerung und einer Herausforderung geantwortet hätte.

Poincaré erklärte darauf, daß Frankreich die Pfänder nicht gegen einfache Versprechungen herausgeben werde, und daß es nur nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen sich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen werde.

„Wir gedenken jedoch niemand zu erschrecken!“ so fuhr Poincaré fort, „wir haben nur den Wunsch, uns bezahlt zu machen und uns vor einem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren. Die Anschuldigung imperialistischer Bestrebungen, die die deutsche Propaganda gegen Frankreich zu erheben verstanden hat, sind nichts als Dumheiten und Linderien. Kein verständiger Mensch kann ernstlich glauben, daß Frankreich, welches die Menschenrechte proklamiert und das der Völkervereinigung der vollkommensten Ausdruck gegeben hat, den tollen Gedanken hegt, fremde Völker unter sein Joch zu bringen und sich Gebiete gegen den Willen der Bewohner anzuweignen.“

Die Gesamtheit des Landes, so endete Poincarés feine Rede, ist entschlossen, das zu Ende zu führen, was begonnen

wurde. Die Aktion wird mit dem vollkommenen Wiederaufbau unserer verwüsteten Departements und mit der Wiederherstellung Frankreichs enden. Vergeblich wird Deutschland von uns auch nur eine einzige Minute des Schwankens erwarten. In dem Unternehmen, das erforderlich war und das Frankreich ins Werk gesetzt hat, wird es durchhalten, wie es ohne Gewalt (!) und ohne Provokation (!) bisher durchgehalten hat. Es wird bis zum Ende vorschreiten und endlich durch einen dauerhaften Frieden und durch einen Frieden der Wiederherstellung das Werk seiner Toten vollenden. Damit wird es ihnen die beste Guldigung darbringen, die sie von den Ueberlebenden erwarten können."

### Verfälschte Gehaltserhöhung.

Infolge der undeutlichen offiziellen Pressemitteilungen über das Ergebnis der letzten Lohn- und Gehaltsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenverbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten erscheint es notwendig, aus dem Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 folgendes festzustellen:

Den Beamten wird laut der Verfügung im Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 neben ihren regelmäßigen Dienstbezügen für die Monate März, April und Mai ein Extramonatsgehalt gezahlt. Die Zahlung dieses Extramonatsgehalts erfolgt in zwei Raten, und zwar drei Viertel am 14. April und das letzte Viertel am 15. Mai. Die Reichsarbeiter erhalten für denselben Zeitraum zu ihren laufenden Lohnbezügen vier Extramonatslöhne. Von diesen vier Extramonatslöhnen sind bereits zwei am 19. März zur Auszahlung gelangt. Der dritte Extramonatslohn gelangt am 18. April und der vierte am 11. Mai zur Auszahlung. Nach dem Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 sind die Extragehälter und Extralöhne als Zeurungszuschlag zu verrechnen.

Also es handelt sich um eine richtige Zeurungssaktion, und die offizielle Mitteilung, die vom Reichsfinanzministerium am 7. April dem Wolff-Bureau übermittelt worden ist, wonach die Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter durch Verwaltungsmaßnahmen innerhalb der ihnen zustehenden Bezüge rechtzeitig in den Besitz der notwendigen Geldmittel kommen würden, muß irreführen.

Die Reichsregierung hat tatsächlich ihren Beamten und Arbeitern ihre laufenden Bezüge um 30,8 bis 33% Prozent erhöht. Hierdurch wird die Anweisung des Reichswirtschaftsministers vom März dieses Jahres an die Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungskommissare, wonach sie, weil die Reichsregierung die laufenden Bezüge der Beamten und Angestellten nicht erhöhte, auch keine allgemeinen Erhöhungen der Löhne der Industrie- und gewerblichen Arbeiter feststellen sollten, hinfällig.

Die Regierung konnte sich bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen den Gründen, die von diesen für die sachliche Notwendigkeit einer Gehalts- und Lohnserhöhung vorgebracht wurden, nicht verschließen. Das Vorgehen der Reichsregierung hat der Industrie- und Arbeitererschaft den Kampf um Anpassung ihrer Lohnbezüge an den hohen Preisstand jedoch sehr erschwert.

### Berechtigt für die Eisenbahner.

Der Reichstag beendete am Sonnabend die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums. Reichsminister Grewer antwortete auf die erste Reihe der Portierfragen. Sein Vortrag war außerordentlich schwach. Er dankte den Eisenbahner für ihr Verhalten am Rhein und an der Ruhr und versprach, daß in der Zukunft für die Opfer des Wehrkampfes alles mögliche geschehen solle. Es sei alle Aussicht vorhanden gewesen, das Jahr 1922 im Bereich der Reichsbahn ohne Fehlzeit abzuschießen. Die Inflation habe das leider unmöglich gemacht. Nach wie vor werde es aber das Bestreben der Reichsbahn sein, im Sinne der Reichsverfassung mindestens die Selbstkosten des Betriebs zu decken. Der Minister warde sich kaum noch gegen die Ueberempfindlichkeit in Bayern, wo gewisse Kreise bei jeder Lebensänderung eines Reichsministeriums bösen Willen voransetzten.

Nach einem Zwischenruf des deutschen Reichsboten wurde der Herr Grewer für zu Unrecht für einen verkappten Sozialdemokraten zu halten erklärt, hielt unter Gewisse Dreyzig eine gründlich in den Geist eindringende Rede. Er verlangte, daß die im Gange befindliche Modernisierung der Eisenbahn-

werkstätten fortgesetzt werde. Die beschleunigte Entlassung von Arbeitern und Angestellten führe zu fortwährenden Betriebschwierigkeiten. Es müsse bei Entlassungen mit großer Vorsicht operiert werden. Die Betriebs- und Beamtensätze seien durchaus bemüht, das Unternehmen in die Höhe zu bringen. Die Merkmale der Personalpolitik müßten Gerechtigkeit, Klarheit, Ruhe und Stetigkeit sein.

Das Geschrei dieser bürgerlicher Politiker nach einem Tarifabbau sei unehrlich. Die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn sei abhängig von der Preispolitik der Schwerkindustrie, die das Material ungemessen verteuere. Man solle sich gegen die Preisbittatur der Kartelle und Trusts wenden. Unter dem Gezer des deutschen Nationalen Redners über Personalüberfluß verberge sich nur die Sehnsucht nach der Abschaffung des Achtstundentags.

Eingehend wies Genosse Breunig nach, daß in den Lohn- und Gehaltsverhältnissen der Eisenbahner und angestellten vielfach Mißverhältnisse mit den Einkommenssummen in der vergleichbaren Industrie vorhanden seien. Auch müßten die Betriebs- und Verkehrsbeamten im Außendienst anders eingestuft werden. Die Spannung zwischen den Lohn- und unteren Gehaltsklassen und den höheren Gehältern sei höher als man in einer Zeit rechtfertigen könne, wo die breiten Schichten des Reichsbahnpersonals unter dem Existenzminimum arbeiteten. Genosse Breunig erklärte, der beste Dank an die Eisenbahner sei gerechte Behandlung, ausreichende Besoldung und Respektierung ihrer berechtigten Wünsche. Die Aussprache setzte sich dann noch bis in die späten Abendstunden fort, beschäftigte sich aber meist mit technischen Nebendingen.

Unter den vom Reichstag angenommenen Entschlüssen befindet sich eine, die die Reichsregierung ersucht, die Freiheit für Kinder bis zum 6. Lebensjahr, die Kinderfahrkarten vom 10. bis 12. Lebensjahr auszubehnen.

### Die Ausertwählten.

Dem Preussischen Landtag ist der Entwurf einer Verordnung zugegangen, durch die die künftige Auswahl der Studienassessoren, also der Lehrer an den höheren Schulen, geregelt werden soll. Bekanntlich ist die Zahl der Anwärter viel größer als der Bedarf. So sind zurzeit über 4000 Studienassessoren in Preußen vorhanden. Von diesen kommen in den nächsten fünf Jahren höchstens 2000 zur Anstellung. Dieser Zustand kommt einer Sperrung des Berufs gleich, da die jüngsten Anwärter 10 Jahre auf Anstellung warten müssen. Nun glaube man einen Ausweg zu finden, indem man eine Auswahl trifft und eine Anwärterliste anlegt, auf die 2000 Kandidaten kommen und damit zu Stellenanwärtern entsprechend dem Beamtendiensteinkommensgesetz gestempelt werden. Sie wenigstens haben damit die Zutüfung, im Laufe der Jahre angestellt zu werden.

Zugeben, daß eine Regelung dringend notwendig ist. Der große Haufe ist natürlich die Handhabung der Auswahl. Maßgebend für sie soll die Eignung als Lehrer und Erzieher sein. Theoretisch auch ganz schön! Aber diese Auswahl soll getroffen werden von den Provinzialschulkollegien. Hier haben wir die allergrößten Bedenken. Sind schon die höheren Schulen an sich der Spitz der Reaktion, so sind die Provinzialschulkollegien deren Hochburg.

### Hohn und Spott.

Die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen die deutschpöhlischen Redakteure Eckard und Wegeler erlassenen Haftbefehle sind noch nicht bei der Münchner Polizeidirektion eingelaufen. Aber schon sind die "Watersländischen Verbände" beim bayrischen Ministerpräsidenten vorstellig geworden, um ihn aufzufordern, die Durchführung der Haftbefehle durch die bayrische Polizei abzuwehren. Ein Ministerrat, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, kam zu dem Ergebnis, daß die bayrischen Organe verpflichtet sind, nach Eintreffen der Haftbefehle diese auszuführen.

Die "Münchener Neuesten Nachrichten" und die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei wenden sich gegen die beiden nicht vor dem Staatsgerichtshof erschienenen Redakteure und warnen davor, den Konflikt auf die Spitze zu treiben; der süddeutsche Senat sei von Bayern anerkannt worden und müsse auch respektiert werden.

Dagegen fährt der "Deutschpöhlische Beobachter" fort, maßgebende Persönlichkeiten des Reiches und den Staatsgerichtshof zu beschimpfen, ohne daß die bayrische Regierung auch nur das geringste unternimmt. Er nennt z. B. den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik "Staatsgerichtshof zum Schutze der jüdischen Vorrechte" und "Staatsgerichtshof des Vorjenseiters".

### Das Nachrichtenbureau der Monarchisten.

Die Pflicht, deutsche Interessen in der Öffentlichkeit des Auslandes zu vertreten, hat heute das sogenannte halbamtliche Telegraphenbureau, das Wolff-Bureau. Da Deutschland eine Republik ist und das Wolffsche Telegraphenbureau von dieser Republik finanziell stark unterstützt wird, sollte seine erste Pflicht sein, auch im Sinne der Republik zu wirken. Daran wird aber nicht im geringsten gedacht. Wir haben schon oft Beschwerde darüber geführt, daß das Wolffsche Telegraphenbureau wichtige, die Öffentlichkeit interessierende Vorkommnisse entweder gar nicht oder höchst einseitig mitteilt hat. Heute muß z. B. wieder festgestellt werden, daß von dem am letzten Sonntag in Schäßburg-Lippe stattgefundenen Gemeinderatswahl in das halbamtliche Telegraphenbureau bis jetzt keine Mitteilung gemacht hat, während das gleiche Bureau sich überreift, wenn volksparteiliche oder deutschnationale Wahlsiege zu verzeichnen sind.

Wie das Wolffsche Telegraphenbureau über das Verbot der Deutschpöhlischen Freiheitspartei und die andern Maßnahmen der preussischen Regierung gegenüber dieser Partei im Ausland Mitteilung gemacht hat, zeigt ein Brief des Züricher "Volkrecht". Unser Bruderblatt beklagt sich darüber, daß das Wolff-Bureau ins Ausland durchaus tendenziös und einseitig berichtet, keinen "mordspatriotischen und nationalistischen Quark" vergißt und alles, "was die Monarchisten kompromittieren könnte", unterschlägt. "Von der Rede Seberings und der ihr vorausgehenden neuesten Enthüllungen über das Treiben der monarchistischen Staatsstreicher hätte das Ausland kein Wort erfahren, wenn es lediglich auf die Nachrichten des Wolff-Bureaus angewiesen wäre, und das trifft ja für viele Völker im Ausland zu. Wolff brachte darüber bis zur Stunde (26. März) in seinem Nachrichtendienst — die Rede wurde am 23. März im Landtag gehalten (D. Red.) — kein Sterbenswörtchen. Wenn aber Gindenburg Geburtstag hat oder eine Parade abnimmt, oder wenn vom Gelben in Amerongen etwas Neues berichtet werden kann, das die monarchistischen Gefühle stärken soll, dann ist Wolff sicher prompt zur Stelle." Zum Schluß heißt es in dem Schreiben der Redaktion des "Volkrecht": "Was die Bearbeitung der öffentlichen Meinung des Auslandes für einen Staat zu bedeuten hat, das hätten die Deutschen doch wahrlich im Weltkrieg lernen können. Dennoch scheint es so, als ob bei den Deutschen Hopfen und Malz verloren sei, und daß sie den Geheimrat nun einmal auch in der Presse nicht entbehren können."

Die Beschwerden der republikanischen Presse über die Tätigkeit des Wolff-Bureaus datieren seit November 1918, ohne daß darüber irgendwelche Abhilfe geschafft worden wäre. Im Gegenteil: das Institut wird langsam immer mehr zu einer Gefahr für die Republik. Der Reichstag hat auf das halbamtliche Bureau insofern einen Einfluß, als er in der Lage ist, dem Reiche die für das Wolff-Bureau bestimmten finanziellen Mittel zu entziehen. Wir hoffen, daß zum mindesten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entsprechend arbeiten wird, wenn das Wolff-Bureau nicht aufhört, republikanische Gelder zur monarchistischen Propaganda im In- und Ausland zu verwenden.

### Minderung der Lebenshaltung.

Eine unmittelbare Folge des Krieges und des Versailles Diktats ist die erhebliche Senkung der deutschen Lebenshaltung unter die der Vorkriegszeit. Ein jeder spürt am eignen Leibe, wie die hochwertigen Lebensmittel zu Luxuswaren geworden sind, die die Arbeiterschaft und die noch mehr verarmten Kleinrentner sich nicht mehr leisten können. In den statistischen Berechnungen des Verbrauchs wichtiger Nahrungsmittel kommt diese Tatsache noch stärker zum Ausdruck. Vor dem Kriege wurden pro Kopf der Bevölkerung 2,49 Kilogramm Eier eingeführt. 1922 hatten wir einen Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr an Eiern. Der Einfuhrüberschuß von Butter ist von 0,8 Kilogramm auf 0,01 Kilogramm, also den 80. Teil, gesunken.

### Kleines Feuilleton.

#### Neues vom Schiller-Preis.

Bei der Beratung des Kultusministeriums im Reichstag des Jahres 1911 hat der Minister Dr. Baumbach auf eine Anfrage des Reichstages betreffend die Nichtverleihung des Schillerpreises eine längere Erklärung ab. Die jenseitigen und linken Mitglieder parlamentarischer Ausschüsse haben sich in ihren Darlegungen nicht zu einigen geeinigt. Zunächst habe ein enger Ausschuss die Frage des "Schillerpreises" von Reinhard Goering allein lösen wollen, dann hätten mehrere Mitglieder des Ausschusses des Schillerpreises "Gott" von Hermann Sauter vorgeschlagen, und schließlich hätten hier von beiden Mitgliedern eine Debatte des Preises zwischen Goering für die "Schillerpreise" und dem Dichter Haras für die Frage des "Schillerpreises" ausgebrochen. Zunächst hätten diese beiden von der Reichsregierung getragenen Dilemmen des Schillerpreises von dem Reichsminister des Kultusministeriums beantwortet. Hier es hätte von einer Entscheidung der beiden dramatischen Dilemmen nicht gesprochen werden können, außerdem aber sei Haras "Schillerpreiser" von der Regierung eine Urkunde erhalten, dessen Fortsetzung bereits in dem ersten Dilemma eine unzulässige Ergänzung gebräut habe. Danach sei die Entscheidung auch nach der die Frage gestellt worden, ob es ein noch nicht bekanntes Werk von einem noch unbekanntem Dichter mit dem Preis ausgezeichnet werden könne, während die Urkunde des Schillerpreises darüber, nur jähren Dilemma des Preises gegenüber, deren Fortsetzung mit der langen Entscheidung auch eine Möglichkeit für die Fortsetzung Schillerpreises in die Zukunft, ganz wenn man bedenkt, daß Haras kein Schillerpreiser und Goering ja der Träger des Schillerpreises gegen Haras. Diese Gegenrichtungen hätten sich verjüngt durch die Verleihung des Preises Reinhard Goering in Deutschland, nach Abschluß des Reichstages hätte Goering nicht mehr länger Zeit abgewartet, sondern hätte den Preis angenommen. Hier dieser Dilemma sei die Entscheidung nicht in der Lage gewesen, bei einer Entscheidung der in Frage stehenden Dilemma von im Auftrag von dem Reichsminister des Kultusministeriums erlassenen Gesetzen gemäß sich zu entscheiden und das von der Regierung des Reiches für den Schillerpreis und auch dem Reich des Schillerpreises davon für die nächste Entscheidung verweigert in der Hoffnung, daß eine bessere Zukunft eine gerechtere Lösung der Dilemma der Reichsregierung werde, die es Schillerpreises unterbreitet für möglich angesehen werden

konnte. Der Schillerpreis hat schon mehr als einmal zur öffentlichen Debatte geführt, beispielsweise damals, als er dem Dichter der "Weder" auf allerhöchsten Befehl nicht verliehen werden durfte. Aber auch heute, im republikanischen Deutschland, macht er noch unheimliches Aufsehen. Der Reichstagsbeschluss nämlich, der für seine Verleihung erforderlich ist, kam zustande, ohne daß Herr Dr. Baumbach davon Kenntnis genommen hätte. Die Kommission ist vielmehr drei Jahre lang mit Vorwänden hingehalten, der Reichstagsbeschluss wurde schließlich durch den Reichstag beschlossen. Reinhard Goering ist für die "Schillerpreise" bereits ein Jahr vor seinem Tode vorgeschlagen worden, es scheint also, als ob dieser Preis, der nachträglich eingeführt worden ist, dem Minister einen ehrenreichen Vorwand geliefert hätte, sich um die Verleihung des Preises herumzudrehen. Und wenn er schließlich den gefährlichen parlamentarischen Gesammel Geibel als Ausweg für die Stillempfänger verstanden, so stellt er sich damit ein Vermeidung aus, das zu allen Uebungen vortrefflich paßt.

### Der deutsche Student.

Diese Darstellung ist in Heft 248/249 der "Universitätszeitung der Pariser" erschienen und in der deutschen Uebersetzung in der Monatschrift "Hochschule und Ausland" veröffentlicht.

Die Zahl der deutschen Studenten beträgt gegenwärtig 175.000. Man kann zwei Klassen unter ihnen unterscheiden: die einen sind Anhänger der alten Staatsverfassung, die andern sind Anhänger der neuen Verfassung, die die Schaffung der Republik und der Einsetzung der Reichsverfassung betrafen. Diese Gruppen sind zahlenmäßig ungleich. Die Mehrheit der Studenten gehört der erstgenannten Gruppe an. Es sind diejenigen, die durchdrungen sind von dem Geist einer monarchistischen autoritären Regierung, die die Monarchisten. Sie glauben, die Gnade Gottes bedürfe sie zum Fortbestand und bestimme sie zu hohen sozialen Stellungen. Sie erregen durch ihre Anwesenheit und werden sich in der Öffentlichkeit durch lange Reden, durch Schimpfe und durch die inredlichen heissen Rufen ihrer Korporationen bemerkbar. Sie können laut, haben geräuschvoll und treiben Politik, ihre Politik. Es werden sich die diplomatische Arbeit der Monarchisten aus. Im letzten Jahre waren etwa 15.000 Studenten bei der nationalen Konferenz in Berlin erschienen, und die Mehrheit von ihnen waren solche Reaktionäre und Monarchisten. Diese Zahl zeigt genug über die zukünftigen Schicksale von jenseits des Rheins.

Die Studenten der zweiten Gruppe studieren zum Teil auf den neu geschaffenen Universitäten Frankfurt und Hamburg. Sie zeigen einen viel größeren Eifer als die vorher Genannten. Sie sind jünger, weil sie nur auf die Arbeit sehen, während die andern sich Zeit lassen.

Die deutschen Studenten glauben, etwas Besonderes zu sein, da sie eine soziale Klasse für sich bilden, die mit besonderen persönlichen Rechten und vornehmen Verpflichtungen ausgestattet ist. Diese vor 1914 allgemeine Auffassung beginnt allerdings zu verschwinden. Doch ist sie noch sehr verbreitet.

Die studentischen Verbindungen in Deutschland haben alle eine politische oder religiöse Tendenz, in erster Linie eine politische. In der Tat bringt der deutsche Student der Politik ein großes Interesse entgegen, und die Universitäten, die im 19. Jahrhundert die Zentren der Agitation waren, sind auch heute die Zentren der extremen Anschauungen, der monarchistischen und der sozialistischen (kommunistischen). Diese Strömungen sind heutzutage stark, daß die Regierung die liberalen Studenten zu begünstigen und die Heißhörer zu befehlen versucht. Indes sie trägt sie hier auf starken Widerstand.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der höhere deutsche Unterricht einfach, daß das Leben des Studenten im Vergleich zu dem des vorigen bruchhaft ist und daß der Student selbst eine große Freiheit besitzt, die auf seinen Charakter folgende Auswirkungen gehabt hat: er ist bemerkbar in die Wichtigkeit, die er zu besitzen glaubt, und in die Rolle, die er vor der Öffentlichkeit die ihn wie einen Heiligen bewundert, spielen zu müssen vermeint.

Man kann auf weniger Raum mehr Aufsatz schreiben, bemerken dazu die Leipziger Neuesten Nachrichten. Leider müssen wir, wenn wir ehrlich sein wollen, gestehen, daß die französische Zeitschrift der Wahrheit weit näher kommt als das deutsche Schaffensmoderblatt.

Theatergeschichte und "Volkstimme". Die zwischen der Schaffensmoderität des heutigen Stadttheaters und dem Kritiker der "Volkstimme", dem Genossen Gieber, seit längerer Zeit bestehenden Differenzen sind nach einer eingehenden Aussprache zwischen den Beteiligten, der auch die Vertreter der interessierten Theaterorganisationen beigewohnt haben, am Freitag den 13. April beigelegt worden.

Die Einfuhr von lebendem Vieh ist auf weniger als ein Fünftel zurückgegangen. Kaufunfähig infolge Niedergangs der Mark war das deutsche Volk außerstande, seine Fleischversorgung durch Zufuhren aus dem Ausland zu ergänzen. Dem entspricht auch die Fleischverarbeitung, wenn man sie nach dem Schlachtgewicht der beschlachtenen Schlachtungen vor und nach dem Kriege berechnet. Es kamen da im Bereich der neuen Reichsgrenzen folgende Fleischmengen in den Verbrauch:

	1913	1921	1922
Rindfleisch	8 045 930 dz	6 136 608 dz	6 388 610 dz
Kalb- und Lammfleisch	1 481 014 "	1 212 267 "	1 251 038 "
Schweinefleisch	18 919 211 "	5 664 552 "	5 740 890 "
Hammelfleisch	432 716 "	460 319 "	389 269 "
Zusammen	23 878 871 dz	13 473 746 dz	13 769 807 dz

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im Jahre 1922 insgesamt ein Ausfall von 10 109 064 Doppelpentner oder 42 v. H. der Fleischmengen, die in der Vorkriegszeit zur Verfügung standen. Der Gesamtfleischverbrauch aus Einfuhrüberschuß, beschlachtenen und andern Schlachtungen betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 nur noch 33,1 Kilogramm gegen 49,0 Kilogramm im Jahre 1913, und weist damit eine Abnahme um 15,9 Kilogramm oder 32,5 v. H. auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Fleischverbrauchs auf dem Lande gegen die Zeit vor dem Kriege wesentlich gestiegen ist. In den Städten mit überwiegender Arbeiterbevölkerung dürfte demnach der Fleischverbrauch auf weniger als die Hälfte gesunken sein.

Auch der Verbrauch an Mehl ist wesentlich zurückgegangen. Vor dem Kriege standen an Brotgetreide 0,3 Millionen Tonnen und etwa 6,5 Millionen Tonnen Weizen und Spelz zur Verfügung. Im Jahre 1921 aber waren nur 6,3 Millionen Tonnen Roggen und 4,8 Millionen Tonnen Weizen und Spelz nach den statistischen Ermittlungen verfügbar. Das deutsche Volk verbrauchte also 27 v. H. über ein Viertel weniger als in 1913/14 des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes. Noch ungünstiger ist das Bild bei den Kartoffeln; deren Verbrauch von 1913 auf 1921/22 sogar um 51 v. H. zurückgegangen ist. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1922 eine wesentlich bessere Ernte gebracht hat, daß aber auf der andern Seite infolge der zurückgehenden Einfuhr von Futtermitteln der Verbrauch von Kartoffeln für die tierische Ernährung, der der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teil verlorengeht, erheblich zugenommen hat.

Die Folge dieser Verarmung ist, daß das deutsche Volk selbst einfache Genussmittel kaum noch kaufen kann. So ist der Verbrauch an Kaffee, an Bier und ähnlichen Genussmitteln ganz erheblich gesunken.

### Bayerische „Notpolizei“.

Vor einiger Zeit berichteten wir auf Grund einer Mitteilung des Verwaltungsblattes Nr. 2 des Bundes Oberland, daß nach einer Erklärung des bayerischen Ministers des Innern, Doktor Schwyher, der Bund Oberland anlässlich seines Anschlusses an die Notpolizei München mit der Organisation der Notpolizei im gesamten Freistaat Bayern beauftragt worden sei.

Die halbamtliche bayerische Korrespondenz Hoffmann veröffentlichte dazu eine Berichtigung, die besagte, eine derartige Verordnung des bayerischen Innenministeriums sei nicht ergangen, infolgedessen könnten dem Bund Oberland auch nicht solche

Vollmachten erteilt worden sein.

Wir halten demgegenüber unsere Behauptung aufrecht, daß sich in dem erwähnten Verwaltungsblatt des Bundes Oberland die genannte Mitteilung befand. Eine Auseinandersetzung über den tatsächlichen Sachverhalt müßte also nicht zwischen dem bayerischen Innenministerium und uns, sondern vielmehr mit dem Bund Oberland erfolgen.

Im übrigen sei im Anschluß an die amtliche Berichtigung an die bayerische Regierung die Frage gestattet, was wohl in Bayern einer links stehenden Organisation passieren würde, die sich, wie der Bund Oberland, erlauben würde, „wahrheitswidrig“ zu behaupten, daß ihr vom bayerischen Ministerium des Innern die Uebertretung von polizeilichen Befugnissen für das Land Bayern zugesichert worden sei.

**Dollar** Amtliche Notiz vom **2115 Mark**  
**Sonnabend 21 057**  
**Montag mittag 2164**

### Angebetene Gäste.

Den eifrigen Bemühungen deutscher Monarchistenkreise, die deutsche Republik im Ausland zu diskreditieren, reißt sich nun ein neuer Versuch an, die deutsche monarchistische Propaganda auch nach Finnland zu übertragen. Wie aus Helsinki gemeldet wird, ist dort vor einigen Tagen eine Gruppe deutscher Monarchisten mit dem Grafen v. d. Goltz an der Spitze eingetroffen, und zwar mit der Absicht, eine großzügige monarchistische Agitation in Finnland zu entfalten.

Dieser Versuch, der von keiner offiziellen Seite herbeigeführt wurde, hat begreiflicherweise in den Volksmassen heftige Erregung ausgelöst. Das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie, „Suomen Sosialidemokratia“ protestiert in schärfster Weise gegen den Besuch der deutschen Monarchisten, insbesondere gegen den des Grafen v. d. Goltz, der als Leiter der deutschen „Strafexpeditionen“ im Jahre 1918 bei dem finnischen Volk in schlimmstem Ruf steht und als Verherrlicher der blutigen deutschen Reaktionen gilt.

Der Protest der finnischen Sozialdemokratie, dem sich auch breite Kreise des Kleinbauernums und der demokratische Bürgerschaft anschließen, verdient in Deutschland lebhafteste Beachtung. Ist es denn wirklich notwendig, daß zu einer Zeit, wo Deutschland um seine Existenz ringt, die Sympathien für die deutsche Republik durch die Propagandareisen abgetaner Generale verringert werden?

### Notizen.

**Geisler hebt am Mandat.** Reichstagsabgeordneter Geisler, der aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden ist, hat jetzt die Aufforderung des Wahlvorstandes dieser Partei, sein Reichstagsmandat niederzulegen, abschlägig beschieden. Etwas anderes hat wohl von Geisler kaum jemand erwartet.

**Bürgerlicher Schwindel.** In diesen Tagen mußte die bürgerliche Presse über eine Besprechung im Reichs-Arbeitsministerium zu berichten, in der man übereingekommen sein soll, daß die Vorschlagszahlungen an die Beamten keinen Anlaß zu einer weiteren Steigerung der jetzt geltenden Löhne geben können. Die freien Gewerkschaften haben an einer derartigen Besprechung nicht teilgenommen und verlangen infolgedessen von dem Arbeitsministerium Auskunft. Hierauf wurde von zuständiger Stelle erklärt, daß im Reichs-Arbeitsministerium von einer Besprechung nichts bekannt ist. Es handelt sich also auch hier wieder um eine Mystifikation der bürgerlichen Presse.

**Ein königlich preussischer Leutnant.** Am Karntwoch kam es in Freiburg i. B. um 4 Uhr morgens zu einer Auseinandersetzung zwischen einigen Ruheführern und der Polizei. Bei der Feststellung der Personlichkeiten verweigerte Leutnant Wagner von der Reichswehr (Ausbildungsbataillon Kallinger) seine Personalien, beschimpfte den Polizeibeamten mit Volkshemdt und stellte sich

selbst als königlich preussischer Leutnant vor. Es wird festgestellt werden müssen, ob der „königlich preussische“ Leutnant Wagner mit jenem Reichswehrleutnant Wagner identisch ist, der feinerzeit in Meiningen Gewerkschaften an Mitglieder des Jungdeutschen Ordens verwickelt hat. Sind die beiden Wagner miteinander identisch, dann wird das Reichswehrministerium diesen Offizier, der durch seine Disziplinlosigkeit das Offizierkorps verunglimpft, verabschieden müssen.

**Verhaftung eines französischen Journalisten.** Ein französischer Journalist wurde am Freitag der französische Journalist Laboure wegen unehrenhafter Betätigung zu einer Geldstrafe von 100 000 Mark verurteilt und auf Veranlassung der Reichswehr verhaftet. In Paris hat diese Verhaftung großes Aufsehen erregt.

**Einigung im englischen Baugewerbe.** Im letzten Augenblick ist die Ausbesserung von rund einer halben Million englischer Bauarbeiter verhindert und ein Abkommen getroffen worden. Die Forderung wird durch Schiedspruch geregelt werden. In der Folge der Arbeitsstunden wird eine Abstimmung unter den Arbeitern erfolgen. Einwirken wird die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen fortgesetzt.

**Die Folter in Lettland.** Durch Verfügung des lettlandischen Innenministers sind der Kreischef von Bauska, Oberst Berklis, und sechs Angestellte der Kreispolizei aus dem Dienst entlassen worden, weil auf der Bausker Kreispolizei bei Verhören die Folter angewandt wurde. Von Revisionsbeamten des Ministeriums wurde laut „Rigaer Rundschau“ unter anderem festgestellt, daß ein Greis von 82 Jahren im Amtszimmer des Kreishefegewaltigen derartig mißhandelt wurde, daß er während der Vernehmung starb. Die ärztliche Untersuchung stellte fest, daß dem alten Mann u. a. sieben Rippen gebrochen waren. Der Polizeichef und seine Folterknechte wurden jetzt den Gerichten übergeben.

### Depeschen.

**Rücktritt des englischen Ministerpräsidenten?**  
 Ms. London, 16. April. Reuter erfährt, daß trotz des offiziellen Dementis in politischen Kreisen die Meinung vorherrscht, daß Bonar Law aus Gesundheitsgründen gezwungen sein wird, sein Amt als Ministerpräsident innerhalb weniger Wochen niederzulegen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

**Achten Sie bitte auf diese Schutzmarke**

Continental-Regenmäntel für Damen, Herren, Kinder. In einschlägigen Geschäften erhältlich.

**Continental Regenmäntel**

So gut wie Continental-Rollen!

**Dieser Kneifer aus Gold-Duble**

**Alle ärztl. Gläser-Verordnungen** werden schnell u. sorgfältig ausgeführt

**Die Preise für Gold-Duble sind weiter herabgesetzt wie folgt:**

Kneifer ohne Randsfassung Gold-Duble	Kneifer mit Randsfassung Gold-Duble	Brillen mit und ohne Randsfassung Gold-Duble
ein Jahr Ruhe-Garantie Mk. 1800, 3000	ein Jahr Ruhe-Garantie . . . . . Mk. 6500	ein Jahr Ruhe-Garantie . . . . . Mk. 6500
zwei Jahre Ruhe-Garantie . . . . . Mk. 7000	zwei Jahre Ruhe-Garantie . . . . . Mk. 10 500	zwei Jahre Ruhe-Garantie . . . . . Mk. 16 000
drei Jahre Ruhe-Garantie 10 500 12 000	drei Jahre Ruhe-Garantie 18 000 24 000	drei Jahre Ruhe-Garantie . . . . . Mk. 24 000

Auf alle 14 Karat. Goldfassungen vier Jahre Ruhe-Garantie / Hornbrillen von 6000 an, moderne Vorgnetten, Silber von 45 000 an, Gold-Duble von 30 000 an. Gläser werden extra berechnet u. zw. pro Paar: Kathenower Schleifart 2200, Punktortil-Menisken 4400, dieselben aus unserem guten Sanoskop-Glas ebenfalls 4400.

**Für die Reise und den Sport:**

Prismen-Selditeher „Selebit“ eigenes, erstklass. Fabrikat Vergrößerung 250000 6x 280000 8x 350000 12x

**Arbeitshosen billig!**

Feldgraue Sporthose . . . . . 13 500  
 Prima Pilotohose . . . . . 14 500  
 Prima Manchester-Sportohose . . . . . 29 000  
 Prima Anzüge, streng modern. la. Zutaten 68 500

**in Preblers Textilhalle**

Buttergasse 8, Einm. Alter Markt — Tel. 9166  
 Für Händler besonders günstig!

**Düngemittel zu ermäßigten Preisen!!!**

Kalkammonsalz 16 + 28%  
 Ammonial-Superphosphat 9 + 9%  
 Superphosphat 18%  
 Kalbdüngesalz 41%  
 Kalk 12%

Sofortige Lieferung, auch in kleineren Quantitäten, ab Lager Magdeburg.

**Richard Lutze, Magdeburg**  
 Große Mühlstraße 7. — Fernruf 1597.

**Kleine Anzeigen**

**Gefunden u. verloren**  
 Schäferhund 217 schwarz mit grau, auf Kettenballband sehr Diensthund 8 4, entlaufen. Gegen hohe Belohnung u. Futterkosten. Ruflos, Sudenburg, Frankischwelder Str. 74.

**Arbeitsmarkt**  
 Eine allein stehende, ältere Frau für den Gan. Soa sofort gesucht. Frau Pfeiff, Schiffstr. 16, v. 3 St.

**Verkauf**  
 1 neues Brandbett mit rot. Matratz. von w. geb. v. 1900. Geb. 1900. 7500. ein. Bedr. f. 35000. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

**Singer-Nähmaschine**  
 Rundsch. neu, 15000. Gebes. P. 19. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

**Damen- u. Herrenräder**  
 a. r. u. n. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

**Speisezimmer**  
 aufgeräumt u. preiswert abzugeben.  
 Fontsch. Breitenweg 150

**Sind's die Augen, geh zu Ruhnke!**

Magdeburg, Breiteweg 26.

**Finnis, Lacke, Farben.**

preiswert und gut, auch Kleinverkauf

**Fritz Goericke, Lackfabrik, Freiligrathstr. 74**

— Telefon Nr. 7204. —  
 Fabriklager: Kloster-Drogerie, Goldschmiedestr. 4.

**Holzmaker's Parkettbohne**

Preisgekrönt: Miama 1922

**Alteisen**

in großen und kleinen Posten sowie in Ladungen sucht sofort zu kaufen gegen netto Kasse.

**Bernhard Kesten, Magdeburg-N.**  
 Egert-Weinberg 15.  
 — Telefon 2659 und 3241. —

**Kupfer, Messing, Zink, Blei**

**Zinn Geschirr 8-12000 p. K.**

kauft nur noch einige Tage im

**Hotel Neuhäuser Bahnhof, Gröperstraße 2. Telefon 5543. Geling.**

**Tiermarkt**

Dienstag, 17. April, 10 Uhr, Markt, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 16. April 1923.

Die Erwerbslosenunterstützung.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat Veranlassung gegeben, daß der Reichsarbeitsminister die Bestimmungen über den Bezug von Erwerbslosenunterstützung in einigen Punkten gemildert hat.

Zur übrigen beträgt die Höchstdauer grundsätzlich 26 Wochen, jedoch soll zur Vermeidung unbilliger Härten ausnahmsweise eine Verlängerung eintreten können.

Ueber die Höhe der Unterstützungssätze finden zurzeit Verhandlungen statt. Es ist also mit weiterer Erhöhung in den nächsten Tagen zu rechnen.

So geht es nicht, ihr Herren!

In einigen Schulen der Altstadt, in der für Ostern noch keine weltliche Schulen geplant waren, hat man den Kindern gesagt: Lebenskundlicher Unterricht gibt es nicht mehr!

So ähnlich ist man in einer Bürger Schule verfahren. Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, gehören in die weltliche Schule!

1. In den Volksschulen der Bezirke, welche noch keine weltliche Schule erhalten, ist lehrerständlicher Unterricht weiter zu erteilen.

2. Den Kindern, die zur weltlichen Schule angemeldet worden sind, aber wegen Platzmangels in der weltlichen Schule ihres Bezirkes keine Aufnahme mehr finden können, ist wenn sie vom Religionsunterricht abgemeldet sind, lebenskundlicher Unterricht zu erteilen.

3. In den Bürger Schulen (Mittelschulen) ist, wenn genügend Kinder vorhanden sind, die vom Religionsunterricht abgemeldet worden sind, ebenfalls lebenskundlicher Unterricht zu erteilen.

4. Durch Umfrage ist festzustellen, welche Lehrer an den Mittelschulen den lebenskundlichen Unterricht erteilen wollen.

Der Arbeitsmarkt im März.

Die Abschmürung des Ruhrgebiets macht sich auf dem Arbeitsmarkt immer unangenehmer bemerkbar. Die Industrie leidet erheblich an Auftragsmangel und arbeitet in der Hauptsache nur noch ältere Aufträge auf.

Infolge des guten Wetters hatte die Landwirtschaft größeren Bedarf, auch die städtische Gartenverwaltung, das Raker- und Gärtnergewerbe forderten Arbeitskräfte in größerem Umfang an.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist dauernd im Steigen begriffen; im Laufe des Monats März sind Kurzarbeiter für 257 männliche und 370 weibliche Personen beschäftigt worden.

gegen den Monat des Vorjahres um 37 Prozent zu. Erfreulich ist es, daß der Zuzpruch seitens der Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten zugenommen hat und daß erkrankte Personen aus allen Berufskreisen vorstellig werden, um Rat und Auskunft für einen beabsichtigten Berufswechsel einzuziehen.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Versammlungen u. Sitzungen finden statt:

Bezirk Buckau. Heute Montag abend 8 Uhr Funktionäre, Frauen und die Elternbeiräte sämtlicher Schulen im Franke-Jugendheim.

Bezirk Dessauer Straße in Grasemanns Garten. Bezirk Remsdorf Funktionäre an bekannter Stelle.

Bezirk Buckau im „Klosterberggarten“, Bezirk Rothensee bei Bräkenau, Bezirk Fernerleben bei Kunze, Bezirk Salbke bei Pümping, Bezirk Sudenburg in den „Sudenburg Festsälen“.

Frauen-Verbandschau um 5 Uhr im Bezirksbureau. Arbeitsgemeinschaft für die weltliche Schule. Dienstag den 17. April, abends 6 1/2 Uhr, Sitzung des Vorstandes und der Beisitzer im Parteibureau, Große Münzstraße 3. II. Jeder Stadtbezirk und die angeschlossenen Gruppen müssen Vertreter entsenden.

Die Ausbeutung der Jugend.

In der „Volksstimme“ vom 5. d. M. nahmen wir Veranlassung, auf die elende Bezahlung der Lehrlinge in der Holzindustrie einzugehen. Es hatte sich ein sinnentleeres Spiel in den Artikel eingeschlichen. Es muß heißen, daß der Lehrling 8 Wochen für ein Markenbrot und nicht 6 Brote arbeiten muß.

Die Lehrlingsausbildung scheint noch ein sehr einträgliches Geschäft zu sein. Beweis: die große Zahl der Lehrlinge, die in vielen Betrieben der Holzindustrie anzutreffen ist. Ein Betrieb hat bei 3 Geleiten 8 Lehrlinge, ein anderer bei 1 Geleiten 12 Lehrlinge.

Allen denjenigen Eltern, die in diesem Jahre Verträge abgeschlossen haben, die nicht die neuen Sätze aufweisen, raten wir, auf Aenderung zu dringen und uns eilig zu benachrichtigen. Unser Hilfe steht zur Verfügung.

Liebe und Moral.

Es gibt immer noch Idealisten, die an der Meinung festhalten, daß der Geschlechtsverkehr mit „Liebe“ etwas zu tun habe, und deshalb auch mit gegenseitiger Verantwortung und Moral.

Gegen den Arbeiter Albert Lehmbusch aus Burg, geboren 1903, war eine Klage auf Unterhaltungsspflicht gegenüber einem am 29. Juni 1921 gebornen unehelichen Kinde angehängt worden.

Die Verhandlungen zogen sich bis gegen Witternacht hin. Ueber 20 Zeugen waren geladen. Dabei traten die Beziehungen zwischen „Liebe“ und Moral, Liebe und Verantwortungsgelühl zutage.

— Wiedereinlegung von Jügen. Von Montag den 16. April an werden folgende vom 31. Januar an ausgefallene Jüge wieder regelmäßig gehalten:

Mittelstandsfürsorge - Kleiderverkauf. Zum großen Bedauern mußte der so sehr begehrte Kleiderverkauf hinausgeschoben werden. Die Annahme der zu verkaufenden Sachen findet nun statt am 23. und 24. April, vormittags von 9 1/2 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 1/2 bis 5 Uhr, in der Lutherstraße, Dreieckstraße, Zwickauerstraße und im 28. April festlich, und zwar sind dafür die Stunden 9 1/2 bis 1 und 3 1/2 bis 5 1/2 vorgesehen.

Kulturfilm: „Die Braunlohe“.

Der Mitglieder der Magdeburger Volkshilfe sollte am Sonntag vormittag im „Friedhof“ der Kulturfilm: „Die Braunlohe“, ihr Werden, ihre Gewinnung und wirtschaftliche Bedeutung ab. Einleitenden Vortrag wurde hinawiesen auf die außerordentlich Schwierigkeiten, die gerade dieser Film in technischer Beziehung gemacht habe.

Arbeiterwohlfahrt.

Freitag nachmittag 5 Uhr im Bezirkssekretariat, Neue Theaterstraße 2, Vorstandssitzung des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt.

Der Hausauschuss für Hausangestellte hat neue Richtlinien für die Hausangestellten aufgestellt, welche auch für die durch den öffentlichen Arbeitsnachweis erfolgenden Vermittlungen maßgebend sind.

Bureauräume und Mieteinigungsamt. In der Frage, welche Räumlichkeiten dem Mieteinigungsamt unterliegen, hat vor einiger Zeit der 17. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin eine wichtige Entscheidung gefällt.

Englische Krankheit oder Rachitis verandelt alljährlich Tausende wohlgenährter Kinder zu Krüppeln, verunstaltet den Kopf, engt die Brust ein, verkrümmt Rückgrat und Glieder. Und wenn auch im Laufe der Jahre und des Wachstums manche Verkrümmungen von selbst wieder verschwinden, so darf das doch von den größeren Schäden der Wirbelsäule und der Glieder nicht erhofft werden.

Ershossen. Am Montag früh wurde von Passanten in der Goethestraße, der Schlosser Gustav Schmidt, wohnhaft Schwenkestraße 60, mit einer Schussverletzung in der linken Schläge auf einer Bank sitzend tot aufgefunden.

Leidensjunge. Die Leiche einer unbekanntem männlichen Person im Alter von etwa 27 Jahren landete am 14. d. M. am Borland der Stromelbe am Retzförder. Sie ist 1,65 Meter groß, schlank, dunkelblond und trug blauen Jacketanzug, grauen Mantel, blaueweißen Schal, schwarze Schuhe und graue Strümpfe.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Dienstag (außer Anrecht einm. maliges Gastspiel Zinaida Jurjewskaja von der Oper in Petersburg): Die Sobena. Mittwoch 11 Uhr: Dieffenbachs Baumprobe; abends: Theaterkonzert. Donnerstag (1. Anrechtabend): Faust. Freitag (2. Anrechtabend): Der Evangelist. Samstag (3. Anrechtabend): Des Wälderbergs El. Sonntag (außer Anrecht): Der Wildschütz.

# Nachrichten aus der Provinz.

## Der Arbeitsmarkt im März.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet: Da der künstliche Anreiz weiterer Markterweiterung fehlte, war der Geschäftsgang in den meisten Industriezweigen still. In der Erwartung, daß der Preisabfall anhalten werde, hielten die Käufer zurück, Absatz und Produktion gerieten ins Stocken, der verminderte Geldbezug sowie die Kreditpolitik der Reichsbank führten zu Kapitalmangel und lähmten im Verein mit der fortbestehenden Ungewißheit der politischen Verhältnisse die Lust zu neuen Unternehmungen. Der Arbeitsmarkt wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Der Rückgang der Konjunktur prägte sich am stärksten in der Metallindustrie aus, um so mehr, als der Stand der März die Ausfuhr erschweren und nach Aufhebung der Eisenzölle die Konkurrenz des Auslandes fühlbarer wurde. So kam es im ganzen Bezirk zu starken Betriebs Einschränkungen. In den meisten Fällen wurden Streikungen der Arbeit vorgenommen. Doch blieben auch stärkere Entlassungen nicht aus. Schwer betroffen wurde ebenfalls das Baugewerbe. Industrie und Landwirtschaft stellten begonnene Neubauten ein oder zogen erteilte Aufträge zurück. Infolgedessen stieg auch hier die Arbeitslosigkeit. Lohnkämpfe traten vielerorts erschwerend hinzu. Im Zusammenhang mit der ungünstigen Lage des Baumarktes erreichte die Arbeitsaufnahme in den Ziegeleien nur einen verhältnismäßig geringen Umfang. Auch das Nahrungsmittel-Gewerbe sowie das Bekleidungs-gewerbe schritten zu Entlassungen.

Infolge der Frühjahrsbestellung hatte die Landwirtschaft regen Bedarf an Arbeitskräften aller Art. Sie hielt jedoch hiermit mit dem Einkauf künstlicher Düngemittel zurück. So traten auch im Abzug der Kaliwerke Störungen ein. Ebenso mußten Schiffswerke und andere Betriebe der chemischen Industrie das Ausmaß ihrer Arbeit beschränken. Die Förderung an Braunkohle stieg zwar, doch nahm der Absatz infolge des Konjunkturrückgangs nicht den im Zusammenhang mit der Ruhrbefreiung erwarteten Umfang an. Die Gruben waren mit Arbeitskräften gut besetzt und nahmen nur wenige Neueinstellungen vor. Das günstigere Wetter gestattete die Vornahme von Erdbarbeiten, auch der Schiffsahrtverkehr auf Elbe und Saale wurde etwas reger.

Die mit Beginn der Frühjahrszeit eintretende Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften reichte jedoch nicht aus, die Beschlechterung der Arbeitsmarktlage infolge des Rückganges der Konjunktur aufzuwiegen. Die Zahlen der unterrichteten Erwerbslosen sind infolgedessen weiter gestiegen. Sie betragen Ende März für Provinz Sachsen und Anhalt 8965 (Ende des Vormonats 8098). Hieran entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 4325 (4037), Merseburg 1596 (1372), Erfurt 2111 (1737), und den Freistaat Anhalt 833 (947). Von der Erhöhung dieser Ziffern wurden vor allem die Großstädte und die Orte mit stärkstem industriellen Einschlag betroffen.

## Die Pflicht der Bodenbewirtschaftung.

Durch die Bekanntmachung des Reichsstatlers vom 15. März 1918 über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken ist in reichsrechtlich wirksamer Weise zum erstenmal der Grundbesitz zum Ausdruck gebracht worden, daß auch die Nutznießer landwirtschaftlichen Bodens über diesen Boden kein unbegrenztes Verfügungsbrecht besitzen, daß vielmehr das Oberigentum und das oberste Verfügungsbrecht dem Gesamtbesitzer zugeht. Eine aus dieser Bekanntmachung herausgearbeitete neue Gesetzesvorlage will denselben Rechtsgrundbesitz zum bauernden Rechte machen, wenn auch nicht für alle Fälle des hier im Betracht kommenden Rechtsverkehrs, so doch für die von größerer Wirtschaftsbedeutung. Die öffentliche Hand soll danach entscheiden, ob ein Rückübergang — sei es Veräußerung, Pachtung oder Verleihung — von dem einen zum andern erfolgen darf oder nicht. Und als Maßstab für die Genehmigung oder Verjagung dienen die übergeordneten Belange der Volksgesamtheit.

Aber das, was das werdende Gesetz schützen soll, wird größtenteils nur kurze Zeit geschützt: im Augenblick des Rücküberganges. Nur bei dieser Gelegenheit die zur Entscheidung heranziehe Stelle gerichtet, so ist keine Rechtsmacht mehr in der Lage, Unheil zu verhindern. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, daß gleich nach Übernahme oder einige Zeit darauf der neue Besitzer das Grundstück nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschaftet, es vielmehr verunreinigt läßt, oder dessen Ackerkulturen in Jagdgründe umwandelt.

Ebenso greift das Gesetz in Erbgangsfällen überhaupt nicht ein, wie es noch viel weniger dazu angetan ist, eine Aufsicht über die laufende Bodenbewirtschaftung herbeizuführen. Eine solche Aufsicht oder Überwachung ist jedoch am Ende noch viel notwendiger als diejenige, die bei den großen Rückübergängen erfolgen soll oder kann. Denn eine dauernde Kontrolle oder ungewisse Betätigung vieler Landwirtschaftsbetriebe schädigt die Volksernährung und die Gesamtwirtschaft noch erheblich

mehr, als die Verfassung der Genehmigung beim Grundstückswechsel vielleicht verhindern kann.

Nun gibt es allerdings auch schon für dieses Bodenrechtsgesetz eine Sicherung der Landbewirtschaftung vom 4. Februar und vom 11. April 1919. Inhaltlich ist es eine Fortbildung der Kriegsverordnung vom 9. März 1917. Die danach möglichen Maßnahmen haben jedoch, nach dem Urteil aller Sachkenner, bisher noch vollständig versagt. Schuld an diesem Versagen ist nicht bloß das Unzulängliche der Bestimmungen selbst, sondern mehr noch der dafür vorgezeichnete Aufsichtsinstrument, der ein rein behördlich-bureaucratischer ist. Die Grundgedanken selbst sind gut und richtig, und es muß deshalb jetzt gründlich erwogen und geprüft werden, wie diese Überwachung wirksamer gestaltet werden kann. Die Prüfung ist nicht bloß notwendig im Hinblick auf die gestellten Ziele, sondern auch noch mehr im Hinblick auf die nachdrücklich zu fördernden Bestrebungen zur Durchführung des 1921/22 vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft aufgestellten als „Hilfswert“ bezeichneten landwirtschaftlichen Produktionsprogramms, zu dessen Grundgedanken der Produktionssteigerung man sich auch als Sozialdemokrat gut und gern bekennen kann.

Der deutsche Kulturboden ist das teuerste und kostbarste Nationalgut des deutschen Volkes. Je besser und je ausgiebiger er genutzt wird, um so segensreicher wird das für das ganze Volk sein. Ohne dies bestimmt die Reichsverfassung im Artikel 155 ausdrücklich.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft.

Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung ist, dieser Verfassungsbestimmung den bestmöglichen Inhalt zu geben. Das dürfte sich dadurch herbeiführen lassen, daß die Überwachungsstellen grundsätzlich und praktisch auf Selbstverwaltungskörperschaften übergeben werden. Geeignet dazu erscheinen die nach Artikel 165 der Reichsverfassung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer auszubauenden Landwirtschaftskammern. Ihrer Umförmung muß die Durchorganisierung bis in das kleinste Dorf und in die entlegensten Gutsdistrikte folgen, unter Mitwirkung auch der Betriebsräte und der Genossenschaften, aber auch von Vertretern der übrigen Volkskreise, besonders der letzten Verbraucher oder der Verbrauchergenossenschaften.

Jeder Landwirt ist mit dem ihm anvertrauten Boden Treuhänder der Gesamtheit; als solcher muß er die Betriebsüberwachung durch die öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften mit schließlicher behördlicher Oberaufsicht zu werten und als selbstverständlich hinzunehmen lernen. Wer sich bewußt ist, daß er seine als Treuhänder übernommenen Pflichten erfüllt, hat von dieser Überwachung wirklich nichts zu fürchten, er wird im Gegenteil noch Anerkennung ernten. Denn man wird zur Erzielung von Höchstleistungen selbstverständlich auch Anreizprämien ausstatten. Wer aber diese Pflichten in böswilliger oder nachlässiger Weise veräußert, oder wer unfähig ist, sie zu erfüllen, der muß es sich auch gefallen lassen, daß die Überwachungsstelle über das ihm anvertraute Bodenbesitzum so verfügt, wie sie nach Treu und Glauben es der Volksgemeinschaft schuldig ist.

In diesem Sinne bedürfen wir zur Ergänzung des „Gesetzes über den Rechtsverkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken“ ein weiteres Bodenrechtsgesetz, das etwa in Fortführung der Bekanntmachungen vom 4. Februar und vom 11. April 1919 „über die Sicherung der Landbewirtschaftung“ erlassen sollte.

Otto Albrecht.

## Kreis Wanzleben.

Larshan. Feuer brach am Donnerstag im Wäldermeister Hüderbrändchen Grundstück aus, das leicht großen Schaden hätte anrichten können, wenn es nicht durch tatkräftiges Eingreifen des Gemeindevorstandes bei in seiner weiteren Entwicklung verhindert wurde. Zwei Balkenlagen sind demnach stark beschädigt worden. Die Bewohner wurden erst auf das Feuer aufmerksam, als das ganze Haus voll Rauch stand. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. — Zur Aufnahme von Kindern aus dem Ruhegebiet haben sich 30 Familien beim Sozialdemokratischen Verein gemeldet. Weitere 8 Kinder sind beim Vaterländischen Frauen-Verein zur Aufnahme gemeldet worden. Die Kinder sollen in allerhöchster Zeit kommen. Die Familien, die ein Kind zur Aufnahme gemeldet haben, mögen sich deshalb dazu bereitstellen, damit den Kindern eine freundliche Aufnahme zuteil werden kann, und daß sich diese wohl fühlen auf dem Lande. — Perjonenstand. Im ersten Vierteljahr 1923 wurden nur 2 Kinder geboren, gestorben ist nur 1 Person. Eheverlöbungen haben 5 Paare geschlossen. Die Gemeinde zählte am 1. April 1923 1523 Personen.

## Kreis Jerichow I.

Sommers. Kartoffelpachtland. Der Stadtverwaltung ist es wiederum gelungen, im Wege von Verhandlungen zubereitetes Kartoffelpachtland für das laufende Jahr zu bekommen. Zu diesem Jahre hat der Auktionspächter Flämede (Karlitz) 20 Morgen und der Auktionspächter Leidow (Karlitz) 20 Morgen zur Verfügung gestellt. Letzterer hat schon mehrere Morgen davon an andre Einwohner

abgegeben, ohne zu fragen ob sie schon Acker haben. Der Preis soll zwischen 90 000 Mark pro Morgen, in Karlitz 12 Rentner Kartoffelpacht pro Morgen nach dem Preisstand im Oktober dieses Jahres betragen. Gutbesitzer Lippold (Leichtau) hält es nicht für nötig, Ackerland in die Stadt abzutreten. Dem Vernehmen nach soll er etwa 80 Morgen gegen Ackerarbeiten und -rodern an Privatpersonen abgeben. 10 Morgen Kartoffel-Pachtland müssen 4 Morgen Acker vollbracht bearbeitet, geackert, gerodet und auf Berge geworfen werden. So wird die Not der Bevölkerung für Privatweide beseitigt. Und dieser Mann ist in der Preisprüfungskommission der Provinz. Er kommt dabei nicht zu kurz, er bekommt dadurch billige Arbeitskräfte. Nach dem Stadtbezirkswahl-Bericht wollte er an Winderbemittelte, Kriegsbeschädigte, Witwen, Unfallbeschädigte ohne Bezug Land abgeben, hinterdrein aber heißt es, der Acker wird so teuer, daß ihn keiner bezahlen kann. Also eine Mißlage. So steht die „nationale Einheitsfront“ aus. Umgebungen für Kartoffelland können bis Dienstag den 17. April im Stadtbüreau abgegeben werden. Wer schon Land hat, wird von der Zuteilung ausgeschlossen.

## Kreis Halbe.

Stadtrat. Stadtvorordneten-Sitzung. In der vierten ordentlichen Sitzung, welche wieder eine umfangreiche Tagesordnung zu verzeichnen hatte, wurde dem verstorbenen Stadtrat Lehmann ein Nachruf gewidmet. Bürgermeister Genosse Wiczorowski berichtete über die Erwerbslosigkeit in Stadtfurt-Neopoldshall und Umgebung. Die Zahl der Erwerbslosen hat 400 überschritten, davon erhalten in Stadtfurt 40 und in Neopoldshall 47 Erwerbslose Unterstützung. Nach dem Beschluß des Magistrats wird die Volkshilfe Sonntags geschlossen gehalten, da die Finanzverhältnisse auf diesem Wege sehr gering ist. Die Umbenennungen der Fürstentstraße in Karl-Marx-Straße, der Prinzstraße in August-Bebel-Straße und des Königsplatzes in Friedensplatz ist erfolgt. Die Straßenschilder sind bereits angebracht worden. Stadtvorordneter Joseph stellte die Anfrage, weshalb keine Wohnungskommissionen-Sitzungen mehr stattfanden. Es läge doch sehr viel Material vor. Es wurde dann ein Schreiben des Bürgermeisters Wiczorowski vorgelesen, worin dieser erklärt, daß er wegen seines hohen Alters (72 Jahre) sein Amt zur Verfügung stellen muß, daß er aber seine Kräfte so lange zur Verfügung stellen will, bis ein Nachfolger an seine Stelle gerückt ist. Zur Tilgung der notwendigen Ausgaben wurde eine Anleihe von 15 Millionen Mark angenommen, welche aus der Sparkasse entnommen werden und innerhalb 2 Jahren zurückerstattet werden soll. Über die Verpachtung der Kaffeehäuser des städtischen Schlachthaus entp. sich eine lebhafte Aussprache. Die Verpachtung erfolgte mit einem Zuschuß von 13 Millionen Mark, die die Stadt leisten muß. Die Vorlage wurde angenommen. Das Schulgeld für die höhere Mädchenschule wurde für Einheimische auf 20 000 Mark für Auswärtige auf 30 000 Mark festgesetzt. Für die Armenfürsorge wurden 730 000 Mark bewilligt. Zur Vornahme weiterer Notstandsarbeiten beantragte Baurat Seipel die Bereitstellung von 2 Millionen Mark, was von der sozialdemokratischen Fraktion durch Antrag auf 5 Millionen Mark erweitert und von der Versammlung angenommen wurde. Stadtv. Wischeropp (Soz.) empfahl, einen Appell an die Industrie zu richten, Arbeitsentlassungen möglichst zu vermeiden. Für den Frühjahrs Kinderarten wurden im Sommerhalbjahr vierteljährlich 10 000 Mark im Winterhalbjahr 40 000 Mark bewilligt. Einmütig wurde ein Beschluß herbeigeführt, das neubauende Sechsfamilienhaus an die Putzauer Fabrik für 800 000 Mark zu verkaufen unter der Bedingung, daß die Fabrik bis zum 1. Oktober 1923 vier neue Wohnungen zu bauen hat. Dann wurde ein Dringlichkeitsantrag behandelt, der die Umwandlung der unbesoldeten Stelle des zweiten Bürgermeisters in eine besoldete verlangt. Stadtv. Wischeropp (Soz.) begründete den Antrag. Auf dem Gebiet der Armenwohlfahrt und des Finanzwesens hätten sich die Aufgaben derartig gehäuft, daß eine besoldete Kraft dringend erforderlich sei. Die Stadtvorordneten der Rechten erkannten die vom Bürgermeister Genossen Wiczorowski geleistete Arbeit an, waten aber dafür, den Antrag in dieser Zeit fallen zu lassen. Dafür legte sich auch Stadtv. Joseph (Kommunist) ins Zeug. Da die Bürgerlichen und die Kommunisten wissen, daß sie keine Aussicht haben, den besoldeten Stadtrat zu stellen, phantasierten sie von Futterkrippenwirtschaft. Die Stadtv. König und Schod wandten sich scharf gegen diese Ausführungen. Dann wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Rechten und Kommunisten angenommen.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)



**DUNLOP**  
CORD  
Im Gebrauch die billigste Bereifung  
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

## Böcker Basch.

Erzählung von Theodor Storm.

(A. Fortsetzung.)

Eine trübe Art Zufriedenheit kam über Meister Daniel, und er hörte nun auch, daß am andern Fenster der Dampfaff hieß:

Ich immer Tren' und Redlichkeit,  
Was an dem

„Hi!“ rief die Vogel, und der alte Mann nickte. So, so weit hatte sich es ihm nach begeben, und nun begann das Tier sein Leben zu neuen. Als Daniel wieder durch das Fenster blickte, sah er den schon längst keine Fejen und Geranien mehr gründen, sah er zwischen zwei Rosenbüschen, ein eckig-weißes Mädchen mit einem jungen Gesellen und ein Paar Mauer-Lagen, und dann sie anständig langend mit dem Vogel hin- und her, dann sie hand mit einem alten Straken diege unter dem Fenster. Der Junge aber spielte und sah los und blickte auf die Vogel. „Was ist das für ein Vogel?“ fragte er. „Das ist ein Vogel, der die Kinder nicht zu beneiden können, er ist ein Vogel, der die Kinder nicht zu beneiden können, er ist ein Vogel, der die Kinder nicht zu beneiden können.“

„Was ist das für ein Vogel?“ fragte er. „Das ist ein Vogel, der die Kinder nicht zu beneiden können, er ist ein Vogel, der die Kinder nicht zu beneiden können.“

er ein dummer Vogel sei; aber Kind, er ist gewaltig flug, und darum kann er auch fliegen.“

„Dann?“ wiederholte das Kind, und beide versetzten nun in tiefes Stutzen über diesen wunderlichen Fall. „Sag einmal, sprach Meister Daniel dann, nachdem er eine Weile in das seine Gefächlein geschaut hatte, bist Du nicht die Kleine Magdalena, von der mein Väter mir oft erzählt hat?“

„Sie sah ihn fragend an: „Wer sind dem Kollaborator seine,“ sagte sie; „aber unser Vater, auch Mutter ist gestorben.“

„Ja, ja, ich weiß; arme Kinder!“ sagte er und strich mit seiner linken Hand ihr jenseit die goldblonden Locken aus dem Gesichtlein, das bei den letzten Worten sah zum Weinen verzogen hatte. „Denn das ist dein Bruder, den Du bei Dir hattest?“

auch, wenn die Schönheit eines jungen Mädchens von ihr gelobt wurde, selten, wiewohl etwa zaghaft, zu bemerken unterließ. „Ja, hübsch, recht hübsch! Aber die Stirn, ist die nicht etwas unbedeutend?“ Sie wurde dann meistens ausgelacht, und sie lieber lachte mit, denn Reid und Bosheit waren nicht dahinter, sie wollte nur in betreff der Schönheit sich doch auch ein wenig Enttarnung bringen. Die niedrige Stirn ihres Meisters pflegte sie voll wahren Mitleids zu betrachten und erwähnte ihrer niemals gegen andre.

Oben in der Giebelstube hing der Dampfaff am Fenster, und in der Ecke stand her Ofen, auf dem Meister Daniel seine Kartoffeln und sein Stückchen Sonntagsfleisch kochte; er hatte seinen einjamen Haushalt eingerichtet. Wenn er vormittags seine paar Stunden in der Wöhrerwerkstatt gearbeitet oder in seinem Garten gegeben hatte, den er später ganz mit Kartoffeln bepflanzt, dann sah er oben mit aufgestülptem Arm an einem Tisch und las in der Laßigen Chronik seiner Vaterstadt oder in des alten Pastors primarius Melchior Kraftens städtischer zweihundertjähriger Kirchen- und Schulhistorie. Die alten Bücher waren noch aus seines Vaters Nachlaß, hatten aber lange Zeit bei seinen Nachbarn in der Schulle gelegen; nur sah sie ihn an, wie auch schon seine alte Zeit, und wenn er las, wie früher die Pastors von Süd und West, aus Pommern und aus Sachsen in unsere Stadt gekommen waren, und wie er hier auf ein paar Buchseiten sich ihr Leben eins nach dem andern abspann, dann blühte er wohl halb verwirrt empor und wunderte sich, wie er und der Dampfaff doch noch immer weiterlebten.

Wurde es Sonntag, so zog er feils ein frischgebleichtes Gewand an; dann dachte er seiner laubern Hausfrau: „Eine — Du Basch!“ sprach er und nickte mit seinem grauen Kopfe. „Du bist es doch!“ und während er sich langsam in sein Sonntagsgewand kleidete, war ihm, als läte er es noch wie einstmals unter ihren Augen.

(Fortsetzung folgt.)



